



STELLUNGNAHME zum Änderungsantrag FDP-Gemeinderatsfraktion vom: 13. Juli 2016	Vorlage Nr.:	2016/0449
	Verantwortlich:	Dez. 1
Unterzeichnung der "Barcelona-Erklärung" vom 21. April 2016: CETA nicht ratifizieren, TTIP- und TISA-Verhandlungen stoppen		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	19.07.2016	31	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung spricht sich weiterhin gegen die Unterzeichnung der „Barcelona-Erklärung“ aus.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt			Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen)		Kontenart:				
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen)						
Ergänzende Erläuterungen:						
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Mit Bezug auf die Befassungskompetenz vertritt die Verwaltung die Auffassung, dass der Gemeinderat grundsätzlich befugt ist, sich mit der „Barcelona-Erklärung“ und ihren Forderungen auseinanderzusetzen und darüber zu entscheiden, ob die Stadt Karlsruhe diese unterzeichnet oder nicht.

Die Schaffung einer „TTIP-freien-Zone“, etwa ähnlich einer „Atomwaffenfreien-Zone“, wird in der „Barcelona-Erklärung“ auch nicht explizit gefordert. Die Verwaltung verweist in ihrer Stellungnahme zum ursprünglichen Antrag lediglich auf die nicht völlig von der Hand zu weisenden denkbaren Verbindungen zwischen der „Barcelona-Erklärung“ und der Initiative „TTIP-free-zones-in-Europe“.

Zwischenzeitlich konnte die Verwaltung in Erfahrung bringen, dass die Konferenz in Barcelona von der Organisation Attac Deutschland mit organisiert wurde. Auf Anfrage der Verwaltung (zuletzt am 13.07.2016) konnte Attac Deutschland jedoch keine Auskunft darüber geben, welche deutschen Kommunen die „Barcelona-Erklärung“ bereits unterzeichnet haben und welche Akteure, Organisationen, Verbände etc. die Bewegung „TTIP-free-zones-in-Europe“ unterstützen. Attac Deutschland hat jedoch zugesagt, dies zu recherchieren und die Stadtverwaltung Karlsruhe entsprechend zu informieren.

Aus diesen Gründen – und aus den bereits zuvor geltend gemachten Gründen – spricht sich die Verwaltung weiter gegen die Unterzeichnung der „Barcelona-Erklärung“ aus.